



ITG Interessengemeinschaft Toner geschädigter
im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit
c/o Hans- Joachim Stelling
Immenhorstweg 100, D-22395 Hamburg
☎ +49 (0)40/ 67998110 ♦ Fax 67998115
eMail: info@krank-durch-toner.de
www.krank-durch-toner.de



11. Januar 2007

Emissionen aus Laserdruckern - Stellungnahme der ITG im BBU e.V.
zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen (Drucksache 16/ 3919)

Seit Jahren engagiert sich die ITG gegen die gesundheitsschädigenden Emissionen aus Laserdruckgeräten und bemüht sich um Lösung des Problems.

Mit der Kleinen Anfrage Emissionen aus Laserdruckern hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Vorfeld der erwarteten Tonerstudie einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken geleistet.

Die detaillierte Antwort der Bundesregierung bestätigt erstmals amtlich

- **die Emissionen gesundheitsschädlicher Feinstäube und Schadstoffe aus Laserdruckgeräten**
- **die unzureichende Informationslage über die Schadstoffemissionen, sowie die Wirkungen bei Langzeitexposition**
- **die besonderen Risiken für stark tonerexponierte Berufsgruppen, wie Servicetechniker und**
- **die wahrscheinliche Schädigung von einer Vielzahl Personen durch Druckeremissionen.**
- **Die Bundesregierung hat empfohlen, die Exposition gegenüber Feinstäuben aus Vorsorgegründen unbedingt gering zu halten und sich erstmals positiv zum Einsatz von Filtern geäußert.**

Diese Positionen markieren eine Trendwende, die erwarten lässt, dass die ungefilterten Emissionen von Laserdruckgeräten, die millionenfach die Atemluft belasten und zu ernstesten Erkrankungen von sehr vielen Menschen führen, schon bald der Vergangenheit angehören könnten. Hierzu sind aber konkrete Schutzmaßnahmen erforderlich. Gefordert ist jetzt vor allem die Industrie. Sie muss dafür sorgen, dass ihre Produkte niemanden schädigen können.

So sehr die Aussagen der Bundesregierung im Grundsatz zu begrüßen sind, so geben einzelnen Aussagen doch Anlass zur Kritik und die gemachten Erfahrungen Anlass zu Besorgnis und notwendigen Konsequenzen. Verbraucher und Arbeitnehmer sind den Emissionen von Laserdruckgeräten bis heute faktisch schutzlos ausgeliefert und haben nicht einmal eine Ahnung von möglichen Risiken. Das Ausmaß der Risiken und Schädigungen wurde offenbar immer noch nicht annähernd erfasst. Es ist nicht akzeptabel, dass es über 15 Jahre dauert, bis Risiken erkannt und Maßnahmen zu Ihrer Beseitigung eingeleitet werden. Aus Asbest und Holzschutzmittelskandal wurde offenbar nichts gelernt. Die staatliche Risikobewertung und das Risikomanagement bedürfen offenbar einer Überprüfung. Dabei sollte das Engagement von Bürgern und Umweltgruppen stärker als bisher einbezogen werden. Das Prinzip der gesundheitlichen Vorsorge muss höchste Priorität erhalten. Der Anspruch wissenschaftlicher Aufklärung hat dahinter zurückzutreten und darf nicht als Vorwand für staatliche Untätigkeit dienen. Die Erfahrungen zeigen auch, wie wichtig ein effektiver Schutz der Verbraucher vor gefährlichen Feinstäuben und Chemikalien ist. Auch Informationspflichten und Beweislast müssen neu geregelt werden.

...

Es ist unanständig, den Verbrauchern einerseits notwendige Informationen vorzuenthalten und Ihnen andererseits die volle Beweislast aufzubürden.

Rolle und Aufgabenwahrnehmung der gewerblichen Berufsgenossenschaften bezüglich des Arbeitsschutzes und der Berufskrankheitenverfahren bedürfen dringend einer Überprüfung.

Im Einzelnen werden die Antworten der Bundesregierung wie folgt kommentiert:

Zu Frage 1, Verbreitung von Laserdruckgeräten

Die Antwort macht deutlich, dass Millionen von Laserdruckgeräten im Einsatz sind und dass es sich um ein Milliardengeschäft handelt.

Zu Frage 2, Schadstoffbelastungen der Toner

Es gibt nur wenige öffentlich zugängliche und unabhängige Analysen von Tonern und Emissionen. Diese zeigen aber immer wieder, dass eine Vielzahl von Schadstoffen in gesundheitlich relevanten Mengen in Tonern festgestellt werden. Viele dieser Schadstoffe werden in der Antwort der Bundesregierung nicht genannt. Die Hersteller verweigern unter Hinweis auf das Betriebsgeheimnis Angaben über Schadstoffbelastungen. Zu recht wird darauf hingewiesen, dass es keine Informationspflichten gibt.

Zu Frage 3, Emissionen von Schadstoffen und Stäuben

Immer häufiger werden Organozinnverbindungen festgestellt, darunter auch das Ultragift Tributylzinn. Die wenigen bisher vorliegenden Emissionsmessungen unter realen Bedingungen sind unzureichend und berücksichtigen auch nicht die häufig anzutreffende Ballung von Geräten und sehr hohe Druckaufkommen.

Es ist eine unzutreffende Behauptung, dass bei modernen Geräten das Ozonproblem gelöst sei.

Es ist eine bloße Vermutung, dass der gelegentliche Wechsel der Tonerkartusche die expositionsintensivste Tätigkeit hinsichtlich der Staubbelastung sei. Dies wurde nie untersucht.

Schon die Zwischenergebnisse der Tonerstudie, die von der ITG initiiert worden ist, haben stark erhöhte Staubbelastungen durch den Druckbetrieb ergeben. Die Studie soll am 24.1.2007 im BfR vorgestellt werden.

Zu Recht wird auf die besonders hohe Belastung von Servicetechnikern hingewiesen. Gleichwohl gibt es auch hier keine Untersuchungen und das Problem wird als nachrangig gesehen, obgleich es sich hier um schwerste Erkrankungen handelt. Von 42 registrierten Servicetechnikern litt jeder Siebente an Krebs (Stelting UFP 2006).

Richtungsweisend ist auch der Hinweis auf Filtermöglichkeiten. Nur leider werden Filter bisher herstellerseitig nicht eingesetzt. Es gibt aber mittlerweile einen nachrüstbaren Universalfilter.

Zu Frage 4, Wirkungen

a) Langzeitwirkungen:

Die Aussagen aus Tierversuchen beziehen sich nur auf jeweils einen Toner (meist Xerox) und lassen keine generellen Aussagen zu, da Toner in ihren physikalischen und chemischen Eigenschaften sehr unterschiedlich sind. Entsprechend unterschiedlich sind die Wirkungen. Zutreffend ist, dass es keine wissenschaftlichen Berichte über die Wirkung von Tonerstäuben nach Langzeitexposition gibt obwohl seit 1992 wissenschaftlich belastbare Hinweise auf Schädigungen aufgrund einer Humanstudie vorliegen (Wolkoff et al 1992).

- b) Pseudo-/allergische Wirkungen:
Handschuhe schützen kaum die Atemwege. Eine allergologische Studie (Palm 2006) weist auf einen hohen Zusammenhang zwischen allergischen Reaktionen auf Toner und Nickel-Allergien hin. Bisher gibt es keine Realraumuntersuchungen auf erhöhte Schwermetallbelastungen durch den Druckbetrieb. Aber nicht die erhöhte Raumluftbelastung ist die Frage, sondern die Wirkung. Nickel-Allergiker reagieren bereits auf geringste Spuren mit allergischen Reaktionen. Deshalb ist es unverantwortlich, die Raumluft zusätzlich und ohne Notwendigkeit mit Nickel und anderen Schadstoffen zu belasten, zumal viele Toner ohne Nickel auskommen. Es geht zudem nicht darum, was die Ursache für eine bestimmte Allergie ist, sondern dass die allergischen Erkrankungsschübe durch Toneremissionen ausgelöst werden.
- c) Kombinationswirkungen:
Es entspricht den klinischen Erfahrungen der ITG, dass Toner, die i.d.R. ein unbekanntes Gemisch aus Partikeln bis zur Nano-Ebene und verschiedensten Schadstoffen sind, zu unterschiedlichsten Symptomen führen können. Die entzündlichen Erkrankungen der Atemwege sind aber eindeutig das Leitsyndrom.
- d) Niedrigdosisbereich:
Personen, die auf bestimmte Toner sensibel geworden sind, reagieren bereits auf Spuren mit pseudoallergischen Entzündungen.
- e) Risikogruppen:
Da keine spezifischen Erkenntnisse vorliegen, bedeutet dies, dass besondere Risikogruppen unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt werden. Laserdrucker gehören selbst auf Krankenstationen und in Arztpraxen zum Standard.

Zu Frage 5, Gesundheitsgefährdungen

Die Auskünfte der Bundesregierung sind einseitig und tendenziös. Sie berücksichtigen weder den Stand der Wissenschaft [vgl. UFP 11 (5) 2006], noch die Erfahrungen der ITG.

Die Verwaltungsberufsgenossenschaft leugnet seit dem Jahr 2000 systematisch die Gesundheitsrisiken durch Toner und kooperiert eng mit dem Industrieverband Bitkom. Sie hat es pflichtwidrig versäumt, den seit 1992 bestehenden Hinweisen nachzugehen, sie aufzuklären und zu beseitigen. Über Jahre wurde systematisch gegen die Meldepflicht gem. § 16e Chemikaliengesetz verstoßen. Der Präsident des BfR hat die VBG entschieden auf die Meldepflicht hingewiesen. Prof. Ewers ist seit Jahren als Berater für die Firma Hewlett-Packard tätig und Prof. Nowak macht sich zum Erfüllungsgehilfen der BG. Die Untersuchung der BGFA unterschlägt die relevanten Humanstudien zur schädigenden Wirkung und stellt einseitig auf die VOC-Problematik ab. Generell werden die zentralen Fragen der Emission und Exposition unter realen Bedingungen einschließlich der Belastung mit ultrafeinen Stäuben und die Frage der Langzeitwirkungen bei inhalativer Dauerexposition von Menschen ausgeklammert. Die Veröffentlichungen der BG zur Tonerthematik sind wissenschaftlich ebenso unseriös, wie unbrauchbar. Die ITG hat am 16.7.2006 schriftlich Beschwerde beim Bundesarbeitsminister gegen das Verhalten der BG, insbesondere der VBG geführt. Diese Beschwerde wird nun durch die Kleine Anfrage beantwortet. Eine kritische Überprüfung der Arbeit der BG ist nicht ansatzweise zu erkennen. Der Fachaufsicht wird damit nicht Genüge getan. Es ist vollkommen unangebracht, die Positionen der BG weiter unkritisch zu übernehmen.

Eine seriöse und schwerpunktmäßige Behandlung der Thematik findet sich erstmals in dem wissenschaftlichen Journal Umweltmedizin in Forschung und Praxis 11 (5) 2006. Von zentraler Bedeutung für den aktuellen wissenschaftlichen Stand ist der Beitrag von Gminski/Mersch-Sundermann, der erstmals umfassend die wissenschaftliche Literatur ausgewertet hat.

Obwohl ein erstaunliches Defizit an geeigneten Studien festgestellt wird, lautet das Fazit:

„Prüfkammer- und Realraumanalysen haben dabei gezeigt, dass beim Druck- bzw. Kopiervorgang neben partikulären Bestandteilen aus Tonern und Papieren bis in den Nanometerbereich auch relevante Mengen an Ozon und flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) in die Innenraumluft freigesetzt werden können, sodass eine Exposition des Menschen gegenüber einem bisher nur unzureichend definierten, chemisch-partikulärem Komplexgemisch angenommen werden kann.“

„Während aus Tier- und Zellkulturversuchen bei direkter Exposition gegenüber Tonerstaub in realitätsnahen Konzentrationen weder akute noch chronische, orale, dermale und inhalative Toxizität zu erkennen sind, gaben Humanstudien **wissenschaftlich belastbare Hinweise auf irritative und gentoxische Effekte bei Exposition gegenüber den beim Druck bzw. Kopierbetrieb entstehenden Emissionen.**“

Der Hinweis auf die gleiche Quelle, wonach es für gesundheitliche Gefährdungen im nicht beruflichen Bereich keinen Anhalt gibt, ist in diesem Zusammenhang ebenso irreführend wie nichtssagend, denn es existieren hierzu überhaupt keine Untersuchungen.

Zu 6, Zusammenarbeit der Behörden

Der Unterzeichner gehört als Initiator der Studie dem Begleitkreis gleichfalls an. Eine tatsächliche Zusammenarbeit der Bundesbehörden wurde dort nicht erkennbar.

Zu 7, Erkenntnisse zu konkreten Schadensfällen

Die Bundesregierung nimmt offenbar die Erkenntnisse der ITG nicht zur Kenntnis, die seit Jahren gegen den Widerstand von Herstellern und Berufsgenossenschaften über die Gefährdungen und Schädigungen informiert.

Die Darstellungen des BfR basieren auf einer selbst verschuldeten defizitären Erkenntnislage. Das BfR soll laut schriftlicher Aussage der Bundesunfallkasse im Jahre 2000 auf die gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen von angezeigten Berufskrankheiten gegenüber den BG auf deren Betreiben verzichtet haben. Dies erklärt, warum bis 2004 kaum Meldungen eingingen. Die Meldungen des Jahres 2005 erfolgten überwiegend auf Betreiben der ITG. In 2006 gingen die Meldungen an das BfR auf ganze sechs Fälle zurück, während bei der ITG im gleichen Zeitraum 253 Fälle schriftlich angezeigt wurden. Mehrere Berufsgenossenschaften weigern sich weiter, ärztlich angezeigte Tonererkrankungen pflichtgemäß dem BfR zu melden.

Es ist nicht akzeptabel, dass das BfR weiterhin auf der Basis der selbstverschuldeten defizitären Erkenntnislage berichtet (vgl. auch www.bfr.bund.de) und argumentiert. Diese Informationen sind für eine Beurteilung der Risiken durch Toner völlig unzureichend. Es ist nicht erkennbar, dass das BfR versucht hat durch gezielte Recherchen zu gemeldeten und nicht gemeldeten Fällen die eigene Informationslage zu verbessern. Es hat weder die für 2004 zugesagte Herstellerbefragung noch eine eigene Literaturrecherche durchgeführt. Die wiederholt mit Unerstützung von Fachärzten vorgetragenen Fakten werden bisher offenbar überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Die schriftlich zugesagte Begleitung der Studie fand nicht statt. Nicht einmal der aktuelle Sachstand wurde abgefragt. Stattdessen wirft das BfR der ITG vor, Daten nicht zur Verfügung gestellt zu haben. Die ITG hat die Daten für Ihre Zwecke erhoben, ausgewertet und veröffentlicht. Mehr geben die Daten nicht her. Die Datenbank wurde der Universität Gießen im Rahmen der Begleitung der Pilotstudie zur Verfügung gestellt. Dies ist dem BfR bekannt. Die ITG hat die Herausgabe der Daten an das BfR letztlich verweigert, weil aufgrund des Verhaltens des BfR ein Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben war.

Auf das alternative Angebot der ITG, hinreichende Fragestellungen an Betroffene und Ärzte weiterzuleiten hat das BfR nicht geantwortet. Dies verstärkt die Zweifel, ob eine Sachverhaltsaufklärung überhaupt gewollt ist.

Der Hinweis auf die Angaben der VBG, die unter Mitwirkung von „bewährten“ Gutachtern versucht weitere Anerkennungen von Berufskrankheiten durch Toner zu verhindern, gibt ein unvollständiges Bild. Tatsächlich sind mindestens drei Fälle von Atemwegserkrankungen durch Toner als BK Nr. 4301 anerkannt. Die ITG hat Kenntnis über mindestens 122 angezeigte Berufskrankheiten erhalten. Immer öfter wird jetzt die Anerkennung als BK von Gutachtern empfohlen.

Zu Frage 8, Beurteilung von Feinstäuben in Innenräumen

Der Empfehlung, aus Vorsorgegründen die Exposition gegenüber Feinstäuben möglichst gering zu halten, ist unbedingt zuzustimmen. Laserdruckgeräte führen aber nachweislich zu erhöhten Belastungen.

Zu Frage 9, Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten sind offenbar weiter unklar. Seit 2000 versucht die ITG ein zuständiges Ministerium zu finden, das bereit ist, sich um die Risiken durch Toneremissionen zu kümmern und das Problem zu lösen. Wechselseitig haben sich in einer Art Schwarzer-Peter-Spiel Umwelt-, Verbraucher, Gesundheits- und Arbeitsministerium mehrfach für unzuständig erklärt. Das Kanzleramt hatte 2004 das BMAS für zuständig erklärt, dass dann aber auf die Zuständigkeit der BG und Arbeitgeber verwies.

Für den Arbeitsbereich liegt die Zuständigkeit beim BMAS. Gleichwohl ist es bisher kaum tätig geworden. Man verweist auf fehlendes Personal, auch bei der nachgeordneten BAuA.

Die Kleine Anfrage wurde jetzt unter Federführung des BMU beantwortet, das sich bereits in der Thematik engagiert hat und Adressat der Risikobewertung des BfR sein soll.

2004 hat das Bundesinstitut für Risikobewertung auf politischen Druck ein Risikobewertungsverfahren eingeleitet.

Der Hinweis auf den Blauen Engel ist verfehlt, denn er berücksichtigt relevante Emissionen von Feinstäuben und Farbdruckern ebenso wenig wie Fragen der Wirkung. Im letzten Test für Color-Laserdrucker hat Computer Bild (7/2006) einen Farblaserdrucker von Hewlett-Packard, der mit dem Umweltzeichen ausgezeichnet ist, mit „mangelhaft“ bewertet, da die LGA Bayern zu hohe Schadstoffbelastungen und -emissionen nachgewiesen hatte. Viele Tonergeschädigte sind durch Laserdrucker mit Umweltzeichen nachweislich erkrankt. Das Umweltzeichen ist daher vorübergehend auszusetzen und zu überarbeiten.

Zu Frage 10, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen zuständiger Stellen

Wiederholt hatte das BfR erklärt, die 2004 zugesagte Anhörung der Hersteller wegen fehlender Rechtsgrundlagen nicht durchführen zu können. Erstmals wird erklärt, dass schon 2005 mit der betroffenen Industrie ein Sachverständigengespräch geführt worden ist. Inhalte und Ergebnisse der Anhörungen von Betroffenen und Herstellern werden nicht mitgeteilt. Die wiederholt unter Mitwirkung von Fachärzten vorgetragene Berichte der ITG wurden offenbar inhaltlich nicht zur Kenntnis genommen. Die Studie und die Ergänzungsfinanzierung des BMU gehen auf Initiative der ITG zurück.

Die jährlichen Berichte über Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen sind teilweise inhaltlich unvollständig und falsch. Auf entsprechende Hinweise hat das BfR nicht reagiert.

Das BfR hatte bei Vorstellung der Pilotstudie versprochen diese zu begleiten und bei entsprechenden Zwischenergebnissen zu handeln.

Diese Zusagen wurde nicht eingehalten, obwohl erhebliche Belastungen mit ultrafeinen Stäuben und Erbgutschädigungen an menschlichen Lungenzellen durch Toner festgestellt worden waren. Dennoch wurde nicht einmal die Bevölkerung informiert. Die Zwischenergebnisse der Studie wurden erst Mitte Dezember im Vorfeld eines Berichts in der ZDF-Sendung Frontal 21 vom BfR veröffentlicht.

Zu Frage 11, Beteiligung weiterer Behörden und Experten

Die Beteiligung des Fraunhofer Institutes Braunschweig war im Rahmen des Risikobewertungsverfahrens den Betroffenen bisher nicht mitgeteilt worden.

Zu Frage 12, Zeitpunkt der Vorstellung der Tonerstudie und Zwischenergebnisse:

Die Zwischenergebnisse wurden schon bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu Risiken der Nano-Technologie (16/2322) nicht dargestellt. Die Studie hätte bereits im Sommer 2006 vorliegen sollen.

Zu Frage 13, weitere Maßnahmen zur Sachverhaltsaufklärung

Die Ergebnisse der internationalen Recherchen des BfR zeigen, dass das Problem gesundheitsschädigender Emissionen aus Laserdruckgeräten auch im Ausland kaum bekannt ist.

Dies wirft Fragen nach der Eignung der Instrumentarien zur Gefahrenerkennung auf, denn immerhin gibt es schon seit 1992 internationale wissenschaftliche Untersuchungen aus Schweden (Wolkoff et al 1992), Spanien (Gallardo et al. 1994), USA (Hetes et al 1995), Österreich (Armbruster et al 1996), Italien (Puntoni et al 2001) Polen, Iran (Goud et al 2001), (Wittczak 2003), Indien (Ghadia et al 2005) und Taiwan (Lee et al. 2006). Gleichwohl herrscht angesichts von weltweit bis zu einer Milliarde genutzter Laserdruckgeräte ein erstaunliches Defizit an geeigneten Studien über Emissionen und Wirkungen beim Betrieb von Laserdruckgeräten unter realen Bedingungen. Der Interessengemeinschaft Toner geschädigte liegen auch 59 Meldungen aus dem Ausland (Österreich Schweiz, Italien, Belgien, Frankreich, Groß- Britannien, Russland, Kanada, USA) vor [vgl. Stelling 2006, UFP 11 (5)2006].

Weiterhin ist anzumerken, dass die gesundheitsschädigende Ursache weder für Betroffene noch für Ärzte evident ist. Zum einen sind die Risiken mit den Sinnen kaum erfassbar und zum anderen sind die Beschwerden anfangs eher banal und werden oft für eine Erkältung gehalten. Das Problem erschließt sich erst durch gezielte Untersuchung. Zudem gibt es kaum Informationen. - Im Gegenteil, die Risiken werden von Herstellern und Berufsgenossenschaften vehement bestritten und lange haben auch die Behörden diese Position unkritisch übernommen, obwohl es dafür keinerlei Beweise gab.

Das BfR hat seit dem Jahr 2000 Hinweise auf die Risiken durch Toner - acht Jahre nach der ersten wissenschaftlichen Veröffentlichung. Erst 2004 wurde nach Einschaltung eines Abgeordneten ein Risikobewertungsverfahren eingeleitet. Für Mitte 2007 wurde ein Ergebnis in Aussicht gestellt. Es stellt sich angesichts von Millionen tonerexponierter Menschen die Frage, ob diese zeitlichen Abläufe angemessen sind und ob die Instrumentarien geeignet sind, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken hinreichend zu schützen.

Die Trennung und sukzessive Handhabung von Risikobewertung und Risikomanagement hat bisher mögliche Lösungen verhindert.

Zu Frage 14, Aufklärungsbeitrag der Unfallversicherungsträger

Die Antwort der Bundesregierung stellt die Verhältnisse auf den Kopf.

Tatsache ist, dass die Berufsgenossenschaften, allen voran die federführende VBG die Risiken durch Toner bis heute systematisch leugnen und gegen die ihnen obliegenden Pflichten zum Arbeitsschutz verstoßen.

Zudem soll laut Auskunft der Bundesunfallkasse auf Betreiben der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahr 2000 vom BGVV, dem Vorgänger des BfR, die gesetzliche Meldepflicht gem. § 16 ChemG ausgesetzt worden sein.

In der Folge sind dann über fünf Jahre in gesetzwidriger Weise ärztliche angezeigte Berufskrankheiten nicht an das BfR gemeldet worden. So wurde die staatliche Gefahrenerkennung ausgeschaltet.

Die Berufsgenossenschaften haben maßgeblichen Anteil am Defizit geeigneter wissenschaftlicher Erkenntnisse und reklamieren diese Defizite auch noch zu Ihren Gunsten.

Eine Beschwerde der ITG vom 15.7.2006 über das Verhalten der BG an den Bundesarbeitsminister wurde offenbar überhaupt nicht ernsthaft geprüft.

Das Verhalten der BG im Zusammenhang mit der Durchführung von Berufskrankheitenverfahren ist eine Schande für unseren Staat und bedarf dringend einer Überprüfung. Auf die öffentliche Mitteilung des ehemaligen Bundesarbeitsministers Norbert Blüm vom März 2004, in dem er das Verhalten der Berufsgenossenschaften scharf kritisiert, wird hingewiesen.

Zu Frage 15, Einhaltung von Meldeverpflichtungen:

vgl. auch Kommentierung zur Antwort auf Frage 14. Diese Antwort ist vollkommen unverständlich und lässt nur den Schluss zu, dass ernsthafte Überprüfungen bisher nicht vorgenommen worden sind.

Zu Frage 16, Kontrolle des Arbeitsschutzes:

vgl. auch Kommentierung zur Antwort auf Fragen 14 und 15.

Zu Frage 17, Aufklärungsbeitrag der Hersteller

Die Frage nach dem Beitrag der Hersteller bei der Sachverhaltsaufklärung ist nicht beantwortet worden.

Zu Frage 18, Vorschriften:

Es stellt sich die Frage, ob die dargestellten Vorschriften eingehalten und kontrolliert werden und ob sie überhaupt hinreichend sind, den Schutz der Bürger zu gewährleisten.

Die Informationen der BAuA wurden 2004 herausgegeben und berücksichtigen nicht die mittlerweile festgestellten Emissionen.

Die empfohlene bloße räumliche Umstellung von Geräten bietet keinen hinreichenden Schutz. Hierzu bedarf es des Einsatzes von Filtern, hinreichender Be- und Entlüftung, Wartungsmaßnahmen, sowie der konsequenten Eliminierung von Schadstoffen aus den Tonern.

Zu Frage 19, Information der Bevölkerung

Die bisherigen Informationen des BfR haben die Bevölkerung kaum erreicht und sind unzureichend. Vielmehr bedarf es einer gezielten Information über die Medien, wie etwa kürzlich bei den Zimtsternen.

Zu Frage 20, Verbraucherinformationen über Tonerschadstoffe und Toneremissionen

Die Informationen des Bitkom sind wohl kaum geeignet, die Verbraucher über Schadstoffe und Emissionen aufzuklären, da die Risiken bis heute systematisch bestritten werden.

Die Sicherheitsdatenblätter sind häufig nur auf Anfrage verfügbar und enthalten zu bestimmten Schadstoffen keine Angaben.

Zu Frage 21, Informationspflichten bei Nickel und Benzol

Seit über 10 Jahren zeigen unabhängige Untersuchungen immer wieder, dass Toner auch mit Nickel oder Benzol, das Leukämie verursachend ist, belastet sein können.

Andere Toner dagegen sind völlig frei von diesen Giften. Nickelallergiker oder Leukämieerkrankte erhalten aber keinerlei Informationen, ob Sie durch Ihren Drucker permanent mit Nickel oder Benzol belastet werden oder nicht. Es gibt grundsätzlich keinerlei systematische Produktkontrollen. Da die Hersteller die Rezepturen geheim halten, ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Tonerkartuschen eines Herstellers haben die Aufschrift: „Ingridients partly unknown“.

Zu Frage 22, Einsatz von Filtern und weitere Maßnahmen

Die Bundesregierung begrüßt die Entwicklung, dass Hersteller den Einsatz von Filtern prüfen.

Diese noch sehr vorsichtige Äußerung markiert einen Wendepunkt in der bisherigen Politik und bedarf unbedingt weiterer Ermutigung. Die Bundesregierung sollte den Einsatz von Filtern fördern und sich auch auf europäischer Ebene für Lösungen engagieren.

Die bisherige Politik für die Vergabe der Umweltzeichen für Laserdruckgeräte und Toner ist aus den bereits genannten Gründen verantwortungslos und gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung in dieses Gütesiegel. Es ist sofort auszusetzen und zu überarbeiten. Der Einsatz von Filtertechnik ist vorzuschreiben.

Zu Frage 23, Berücksichtigung bei Beschaffungen für den Bund

Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung setzt sich seit Jahren in vorbildlicher Weise für eine konsequente Schadstoffminimierung bei Beschaffung und Betrieb von Laserdruckgeräten ein und hat mit der LGA Bayern Ausschreibungskriterien entwickelt und einen „Arbeitskreis gesunde Büroarbeitsplätze“ eingerichtet, an dem Großarbeitgeber aus der Industrie beteiligt sind.

Das Bundesfinanzministerium hat für den Bereich der Zollverwaltung schon vor Jahren per Erlass die bevorzugte Beschaffung von Tintenstrahldruckern verfügt.

Die Einhaltung der bestehenden europäischen Normen und die Umweltzeichen RAL UZ 122 und UZ 55 sind nicht hinreichend, da sie gesundheitlich relevante Emissionen nicht berücksichtigen und nachweislich nicht vor Schädigungen schützen

Zu Frage 24, Konsequenzen für den Blauen Engel

vgl. Antworten zu Antworten 9 und 23